

Behörden Spiegel newsletter

Rettung. Feuer. Katastrophe.



Nr. 39 Berlin und Bonn

5. August 2021



ISSN 2699-9749



**Broemme
meint**

Wer hat bloß Schuld an der Hochwasserkatastrophe?

(BS) Als die Rettungsarbeiten noch nicht abgeschlossen waren, begann die Suche nach den Schuldigen und Verantwortlichen der Hochwasserkatastrophe in den Medien. Es wurde auch darüber spekuliert, ob sich der Katastrophenschutz neu erfinden muss. Diese vorwurfsvollen Fragen sind vor dem Hintergrund der vielen Todesopfer entstanden. Es wird nach einer Erklärung gesucht – eigentlich.

Es handelt sich meiner Meinung nach um sehr komplexe Vorgänge, wo es auf vielen (Leitungs-)Ebenen zahlreiche Herausforderungen gab, die nicht immer perfekt gemeistert wurden. Ein Kernproblem war die Mühe, einen guten Lageüberblick zu erlangen. Hierzu gibt es zahlreiche Mittel aus der Luft, von dem Erdbeobachtungsprogramm Copernicus über Aufklärungsflüge der Bundeswehr bis zu Drohnen.

Eine Lösung wird sein, die vorhandenen Ressourcen, Methoden und Möglichkeiten konsequent und besser zu nutzen. Mögen aus diesen schrecklichen Wassern einsatztaktische Konsequenzen gezogen werden!

Albrecht Broemme

Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019).

Gemeinsam anpacken

(BS) Über 180 Tote, knapp 800 Verletzte und noch zahlreiche vermisste Personen – die Zahlen zu den Opfern der Flutkatastrophe sprechen eine eindeutige Sprache. Der Staat, der Leben und Besitz seiner Einwohner schützen soll, hat versagt. "Wie kann so etwas in Deutschland passieren?", fragte ein britischer Journalist voller Unglauben. Während von allen Akteuren eine Antwort auf diese Frage gegeben wird, fällt eines auf: Die Fehlersuche gerät zu einer Diskussion über Zuständigkeiten und gipfelt in parteipolitischen Schuldzuweisungen. Stattdessen sollte nach Verbesserungsmöglichkeiten gesucht werden. So tragisch die Katastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen ist, so wenig sind Diskussionen über eine Neuverteilung der Zuständigkeiten und die Rufe nach mehr Zentralisierung angebracht. Auch wenn der eigene Zuständigkeitsbereich zur Absicherung herangezogen wird. Das grün geführte Mainzer Umweltministerium warnte vor Hochwasser an Rhein und Mosel, das SPD geführte Innenministerium verwies auf "automatisierte E-Mails" sowie rechtzeitig online gestellte Warnhinweise, besonders aber auf die zweistündig verspätete Reaktion des CDU-Landrats des am schwersten betroffenen Kreises Ahrweiler. Alle haben ihre Pflicht und Schuldigkeit getan, der Wetterdienst, die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), die Ministerien in Rheinland-Pfalz und NRW, aber das reicht eben nicht. Es reicht nicht, nur auf seine Zuständigkeit zu verweisen und Warnhinweise anzubieten. Jeder muss in seinem Zuständigkeitsbereich auch die Verantwortung übernehmen. Das bedeutet, Informationen nicht nur automatisiert abzuliefern, sondern nachhaltig



Statt über Zuständigkeiten zu streiten, sollten Herausforderungen, wo es sinnvoll ist, gemeinsam angepackt werden.

Foto: BS/THW/Yann Walsdorf

zu prüfen oder mindestens sicherzustellen, dass diese angekommen sind, verstanden und umgesetzt wurden. Dafür müssen Kompetenzen nicht verschoben oder zentralisiert werden. Katastrophen sind grundsätzlich eine Angelegenheit der Länder und die Ausrufung des Katastrophenfalls ist eine Angelegenheit der Bürgermeisterinnen und Landräte. Das soll so bleiben. Naturkatastrophen beginnen meist als lokale Ereignisse. Entsprechend gefordert sind die Kräfte vor Ort und vor allem ihre Kenntnis der Gegebenheiten. Deshalb ist es der örtliche Katastrophenschutz, der besser ausgestattet werden muss und dann auch entscheiden muss. Anstatt bei jedem Ereignis nach mehr Zentralisierung zu rufen, sollte vielmehr überlegt werden, aus welchen Gründen welche Stelle tätig werden muss. Es gibt Bedrohungen, die eindeutig nach einer Bundeszentralisierung rufen. Etwa Cyber-Angriffe. Hier sind eine bundeseinheitliche Abwehrstrategie und auch Zuständigkeit anzustreben. Auch in einer Pandemie wie jetzt ist eine bundeseinheitliche Zuständigkeit, anstatt der zersplitterten Länderverhaltensweise überlegenswert.

Redundante zweite Infrastruktur erforderlich

(BS) Die Hochwasserlagen in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen haben Lücken und Probleme bei der Warnung der Bevölkerung offensichtlich werden lassen. Viele Betroffene wurden gar nicht oder zu spät erreicht. Nun wird über die Reaktivierung von Sirenen diskutiert. Sinnvoll wäre allerdings ein Warn-Mix, der redundant ist.

Denn ein solches System muss zuverlässig und effizient sein. Um das zu erreichen, müssen möglichst viele Menschen gleichzeitig und sicher gewarnt werden. Und das an jedem betroffenen Ort und zu jeder Zeit, unabhängig von der Witterung. Aus Sicht von Dr. Dietmar Gollnick vom Unternehmen e*Message können Warn-Applikationen das allein nicht leisten. Er meint: "Fällt das öffentliche Mobilfunknetz aus, sind sie wir-



Im Rahmen der aktuellen Hochwasserlage spielt die Warnung der Bevölkerung wieder eine wichtige Rolle. Dabei zeigt sich, wie entscheidend redundante Systeme und ein Mix an Warnmitteln und -kanälen ist.

Foto: BS/Marcus Meissner, [CC BY 2.0, flickr.com](https://www.flickr.com/photos/marcusmeissner/)

kungslos." Gleiches gelte für das aktuell viel diskutierte Cell Broadcasting, das warnende Kurznachrichten an alle Empfänger einer gemeinsamen Funkzelle vorsehe. Auch dafür sei ein funktionierendes öffentliches Mobilfunknetz Voraussetzung, so Gollnick.

Er spricht sich für eine redundante zweite Infrastruktur aus. "Größtmögliche Zuverlässigkeit in der Bevölkerungswarnung wird durch das Zusammenwirken verschiedener Kräfte erzielt. Erreicht wird dies durch die Nutzung einer zweiten Infrastruktur, die unabhängig von den primären digitalen Warnwegen funktioniert, diese ergänzt und absichert." Würden die Primärwege ausfallen, übernehme die zweite Infrastruktur.

Dabei schweben ihm satellitengestützte Profi-Funknetze vor, über die alarmiert und gewarnt würde. Diese hätten sich laut Gollnick bei Feuerwehren, Rettungskräften und beim Technischen Hilfswerk (THW) bereits längst bewährt. "Über sie lassen sich Sirenen ebenso ansteuern wie Alltagsgeräte", erläutert Gollnick. Er schlägt zudem vor, Rauchwarnmelder in die Warnung der Bevölkerung einzubeziehen.

Das Thema Warnung der Bevölkerung kam im Zuge der Aufarbeitung der Hochwasserkatastrophe wieder auf die Tagesordnung. Während das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) darauf verwies, dass die Warninfrastruktur funktioniert habe, kommt Kritik aus den betroffenen Kommunen. Oft seien nicht genügend Warnmittel vorhanden.

Infobox

Unsere anderen Angebote

(BS) In den aktuellen Ausgaben der weiteren Newsletter sowie der Podcasts des Behörden Spiegel finden Sie folgende Themen:

[Newsletter "Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik" vom 2. August:](#)

- Waffendiebstahl bei der Bundeswehr
- Erster Einsatz der Recce-Eurofighter

[Newsletter "Netzwerk Sicherheit" vom 2. August:](#)

- Datenschutzskandal in Bremen
- Modellprojekt zu E-Mobilität in Stuttgart

[Podcast "Public Sector Insider" vom 3. August:](#)

- Fauler Apfel
- Emissionslos zum Dienst

[Newsletter "Digitaler Staat und Informationstechnologie" vom 4. August:](#)

- Kooperation bei eID
- EU setzt auf Quantenkommunikation

[Podcast "Public Sector Insider Stichwort" vom 28. Juli:](#)

- Vom Stadtstaat lernen

BRAND- UND KATASTROPHENSCHUTZTAGE 2021

Brand- und Katastrophenschutz post Corona
Herausforderungen – Ziele – Technologien

24. AUGUST 2021, DORINT HOTEL SANSSOUCI, POTSDAM

www.brand-kata-tage.de

Eine Veranstaltung des **Behörden Spiegel**

Projekt zu KI in der Gefahrenabwehr

(BS) Wie kann Künstliche Intelligenz (KI) in Zukunft bei der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr am besten eingesetzt werden, um Schadenslagen zu bewältigen oder erst gar nicht entstehen zu lassen? Dazu soll das nun gestartete Forschungsprojekt "Kommunikations- & Informationsplattform für resiliente, krisenrelevante Versorgungsnetze" (ResKriVer) Antworten liefern.

Konkret soll mit dem Projekt eine digitale Plattform entwickelt werden, mit der Informationen über die Versorgungsnetze von krisenrelevanten Gütern und Ressourcen erhoben, dokumentiert und analysiert werden können. Diese Plattform soll auch der Kommunikation mit der Bevölkerung und zwischen Krisenstäben dienen. Mit der Plattform soll die Versorgung mit z. B. Blutkonserven oder präklinischer Notfallmedizin sichergestellt werden. Zur Entwicklung der Plattform werden verschiedene Szenarien als Ausgangslage genutzt.

Darunter fallen Szenarien, wie Blackouts, Pandemien und Extremwetterlagen. Ziel dieser Plattform ist die organisationsübergreifende Dokumentation sensibler Lieferbeziehungen. So sollen die Abhängigkeiten in Versorgungsnetzen identifiziert werden.

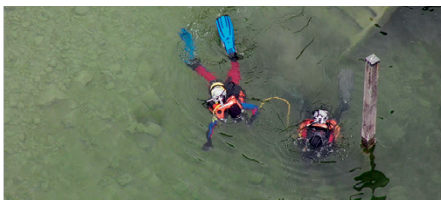
"Die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, wie anfällig unsere auf arbeitsteiliger Just-In-Time Produktion basierende globale Wirtschaft für Störungen von Lieferketten geworden ist. Sofern die Wirtschaft rund läuft, erkennen wir dies nicht, erst im Krisen- oder Katastrophenfall wird dies wirklich wahrnehmbar. Auch wenn Krisen und Katastrophen selten eintreten, gilt es doch vorausschauender zu handeln und krisenrelevante Güter in geeignetem Umfang vorzuhalten, Produktionskapazitäten zu relokalisieren, alternative Versorgungswege und substituierende Produkte zu kennen",



Künstliche Intelligenz (KI) soll in verschiedenen Szenarien der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr zum Einsatz kommen.

Foto: BS/Gerd Altmann, pixabay.com

erklärte dazu Prof. Dr. Thomas Hoppe, Projektleiter beim Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme (FOKUS). Das Projekt ist auf drei Jahre ausgelegt und wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) gefördert. Das Projekt wird vom FOKUS geleitet.



**IHR KOMPETENTER PARTNER FÜR
PROFESSIONELLE DROHNENSYSTEME
UND BOS-LÖSUNGEN**



DJI MATRICE 300 RTK

- Triple Kamera
- 40x optischer Zoom
- IP 45
- Laserentfernungsmesser
- Wärmebildkamera
- Emissionsdetektoren



DJI MAVIC 2 ENTERPRISE ADVANCED

- 640x512 px / 16x Thermal-Zoom
- Lautsprecher / Scheinwerfer
- Optionales RTK-Modul

Einsatzbereiche

- Aufklärung & Einsatzkoordination
- Personen- und Vermisstensuche
- Brandentwicklung & Glutnestersuche
- Emissionsmessungen
- Schadensdokumentation
- Verkehrsbeobachtung
- Abstandsmessung
- Crowd Management
- Perimeterschutz

Globe Flight - Auf einen Blick

- Beratung, Verkauf und Service von Profis mit jahrelanger Erfahrung
- Maßgeschneiderte Lösungen von Inhouse-Thermografieexperten
- Globe Flight Academy - Trainings- und Schulungsprogramme für Piloten
- Globe Flight RepairCenter - Zertifiziertes Reparatur und Service-Center
- Autorisierter Distributor und Partner der Unternehmen DJI und FLIR
- Offizieller Partner der Bundesbeschaffung (BBG) von Österreich

09401/949 88 88 | Info@globe-flight.de | www.globe-flight.de

DRZ im Einsatz

(BS) Neben den tausenden anderen Einsatzkräften von den Feuerwehren, dem Technischem Hilfswerk (THW) und den Hilfsorganisationen kam im nordrhein-westfälischen Hochwasserkatastrophengebiet auch eine Task Force des Deutschen Rettungsrobotik-Zentrum (DRZ) zum Einsatz. Die Führung der Task Force übernahm die Feuerwehr Dortmund.

Das Team erstellte durch Aufklärungsflüge mit Drohnen entlang von Abbruchkanten Überblickskarten und untersuchte Häuser, Keller, Autos und andere Objekte in dem betroffenen Gebiet. Mit dem erstellten Kartenmaterial wurden im Robotik-Leitwagen (RobLW) des DRZ 3D-Modelle und Reliefkarten des zerstörten Gebietes angefertigt, um eventuelle Veränderungen zu identifizieren. Die gewonnenen Informationen wurden der örtlichen Einsatzleitung zur Verfügung gestellt und im Zuge eines Lagevortrages erörtert. "Während wir für den Überblick größere Drohnen verwendet haben, nutzten wir für die Detailerkundung eher kleine Drohnen", erklärte DRZ-Geschäftsführer Robert Grafe den Einsatz. Die Task Force kam hauptsächlich in Gebieten zum Einsatz, bei denen noch Personen vermisst wurden, die aber wegen Einsturzgefahr nicht zugänglich waren. "Neben der Erstellung einzelner Fotos und Videos ist das Team in der Lage, Daten und Informationen aus den vielen Bildern mit Hilfe komplexer Algorithmen herauszufiltern und diese zu einem Gesamtbild zu verdichten", ergänzt Professor Dr.-Ing. Hartmut Surmann von der Westfälischen Hochschule.



Die Bilder der Drohnen wurden im Robotik-Leitwagen (RobLW) (Bild) zusammengeführt.

Foto: BS/Henry Grabowy

Zentrum für Krisenmanagement vorgeschlagen

(BS) Die Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdb) und der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) schlagen die Schaffung eines Forschungs- und Transferzentrums für Krisenmanagement als Konsequenz aus der Hochwasserkatastrophe vor. Das Zentrum soll Lösungen für zukünftige Herausforderungen entwickeln und die Technologien schneller zu den Anwendern bringen.

Zu den kommenden Anforderungen zählen neben diesen Katastrophenlagen auch die gesellschaftlichen und technologischen Veränderungen. Diese neuen Bedarfe müssen erkannt und umgesetzt werden. In dem Zentrum sollen u. a. Erkundungs- und Einsatzsysteme sowie Simulations- und Prognosesysteme auf der Basis Künstlicher Intelligenz (KI) entwickelt werden. Durch die Einrichtung sollen Partner aus Wissenschaft und Wirtschaft sowie Anwender zusammenkommen und gemeinsam Lösungen entwickeln. So könnten auch die Forschungsarbeiten im Bevölkerungsschutz aufeinander abgestimmt werden. "Wir müssen innovative Grundlagenforschung,



vfdb-Präsident Dirk Aschenbrenner (links) und DFV-Präsident Karl-Heinz Banse (rechts) machten sich im nordrhein-westfälischen Erftstadt ein Bild von der Hochwasserkatastrophe.

Foto: BS/vfdb

transdisziplinäre Anwendungsforschung und Transfer eng verbinden. Die Erfahrung hat auch diesmal gezeigt, dass wir zwar über gut ausgebildete Einsatzkräfte, motivierte Freiwillige und beste Ressourcen verfügen, mit denen wir Extremereignissen begegnen können", erklärte vfdb-Präsident Dirk Aschenbrenner. DFV-Präsident Karl-Heinz Banse sieht mit dem Forschungszentrum für Krisenmanagement die Chance, dass Deutschland eine Vorbildrolle einnehmen kann.

iconos® Lösungen in der Brandbekämpfung



iconos® Kreisregner

- ☑ Keine Personaleinsatz erforderlich
- ☑ Sehr gut einsetzbar am Abend und in der Nacht
- ☑ Geringer Wasserverbrauch
- ☑ B-Schlauchanschluß: NEU in Größe D
- ☑ Beregnung einer Fläche von bis zu 1.800 m²

iconos® Vertriebs GmbH

Tel.: 0203-74 1469 • www.iconos-system.com

Neue Katastrophenschutzfahrzeuge übergeben

(BS) Berlins Innensenator Andreas Geisel (SPD) hat zusammen mit Reimund Roß, Abteilungsleiter Einsatzbetrieb der Berliner Feuerwehr, drei Fahrzeuge für den Katastrophenschutz an die Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH), den Malteser Hilfsdienst (MHD) und die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) übergeben. Es handelt sich um Gerätewagen Logistik.

Die Fahrzeuge wurden laut Senator aus dem Berliner Landeshaushalt finanziert. Dort steht für dieses Jahr eine Million Euro für den Katastrophenschutz zur Verfügung. 2016 seien es noch nur 60.000 Euro gewesen, so Geisel. Er lobte die Arbeit der Hilfsorganisationen im Bereich des Katastrophenschutzes: "In normalen Zeiten ist das Wort Katastrophenschutz für viele Menschen etwas sehr Abstraktes. Man glaubt: Katastrophe ist meist woanders. Die jüngsten Ereignisse in Deutschland haben sehr deutlich gezeigt, dass Katastrophenschutz etwas sehr Konkretes ist." Und dass die Katastrophe immer direkt vor der eigenen Haustür geschehen könne. Deswegen müs-

se man vorbereitet sein und in guten Zeiten Vorsorge für schlechte Zeiten treffen. Auch Roß lobte das ehrenamtliche Engagement, von dem der Katastrophenschutz lebe.

Die Hochwasserlage in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen habe eindringlich gezeigt, wie verletzlich die Gesellschaft sei. "Auch das Land Berlin muss sich auf Extremwetterereignisse vorbereiten. Wir haben in der Pandemie erfahren, wie wichtig es ist, hier auf ein stabiles Fundament aus ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern zurückgreifen zu können", so Geisel weiter.

Die neuen Gerätewagen Logistik sind Teil eines so genannten Logistikzuges, der aus mehreren Fahrzeugen besteht. Hauptaufgabe ist insbesondere die Sicherstellung der Versorgung und Einsatzfähigkeit der Kräfte vor Ort. Die Beladung der 290 PS-starken Fahrzeuge, die über einen Allradantrieb verfügen, ist daher auf das Thema Betreuung ausgerichtet und in Rollcontainern gelagert. Sie dient u.a. zum Aufbau und Betrieb einer Versorgungsstelle mit Verbrauchsmaterial, zur Lagerung und Aus-



Berlins Innensenator Andreas Geisel (SPD) übergab neue Fahrzeuge für den Katastrophenschutz an die Hilfsorganisationen.

Foto: BS/Berliner Feuerwehr

gabe von nichtmedizinischem Verbrauchsmaterial, zur Lagerung und Ausgabe von Kraftstoff sowie zum Aufbau und Betrieb einer Versorgungsstelle für Einsatzkräfte. Die Katastrophenschutzfahrzeuge wurden nach dem jeweiligen individuellen Bedarf nach neuer Ausrüstung an die unterschiedlichen Hilfsorganisationen übergeben.

E-Mobilität bei der Feuerwehr

(BS) Die Europäische Kommission hat mit seinem Green Deal viel vor. Ab 2035 sollen keine Autos mehr mit Verbrennungsmotor in der Europäischen Union zugelassen werden. Viele Autohersteller läuten ebenso das Ende des Verbrennungsmotors medienwirksam ein. Die Verkehrswende hin zu



Das eLHF ist das erste elektrifizierte Löschfahrzeug in Deutschland. Es ist seit einigen Monaten im Testbetrieb.

Foto: BS/Berliner Feuerwehr

E-Mobilität ist also im vollen Gang. Oftmals steht der Individualverkehr im Vordergrund der Diskussion. Doch Behörden und Kommunen verfügen über große Fuhrparks, die jedoch andere Anforderungen als private Pkws haben. Die Berliner Feuerwehr testet schon mit ihrem elektrischen Lösch- und Hilfeleistungsfahrzeuge (eLHF) elektrische Antriebe auf Herz und Nieren. Aber auch bei anderen Wehren kommen E-Autos, zumeist bei Führungsfahrzeugen, zum Einsatz.

Deshalb soll in der Diskussionsrunde "[Neue Mobilität Feuerwehr](#)" am 25. August auf [NeueStadt.org](#) das Thema E-Mobilität bei der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr genauer unter die Lupe genommen werden. Welche Vorteile können E-Fahrzeuge bieten? Welche vergaberechtlichen Hindernisse sind zu überwinden? Wo stocken die technischen Anforderungen? Welche Einsatzgebiete und -szenarien können noch nicht absolviert werden? Aber auch Fra-

gen der Infrastruktur auf der Wache oder der Kosten werden besprochen. Als Expertinnen und Experten konnten gewonnen werden:

- Christian Schwarze, Branddirektor bei der Berufsfeuerwehr Stuttgart und Vorsitzender des Fachausschusses Technik bei der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren (AGBF),
- Jens Klink, Produktmanager "eLHF", Bereich Zentraler Service Fahrzeuge und Geräte der Berliner Feuerwehr,
- Susann Hoffmann, Leiterin der Vergabestelle der Berliner Feuerwehr.

Die Diskussionsrunde findet online am 25. August von 14:00 bis 15:30 Uhr statt. Die Teilnahme an der Diskussionsrunde ist kostenlos.

Weitere Informationen und andere Themen finden sich [hier](#).

"Das Ehrenamt unterstützen, wo immer es geht"

(BS) Der brandenburgische Landesbranddirektor Micheal Koch möchte die Zusammenarbeit zwischen Brandenburg und Berlin ausbauen. Er kann sich einen intensiveren Austausch bei speziellen Fähigkeiten und der Ausbildung vorstellen. Dennoch gibt es Optimierungsbedarf bei Kooperationen. Die Fragen stellte Behörden Spiegel-Redakteur Marco Feldmann.

Behörden Spiegel: Herr Koch, was wollen Sie tun, um noch mehr Menschen in Brandenburg für ein ehrenamtliches Engagement bei den Feuerwehren zu überzeugen?

Koch: Ich will das Ehrenamt unterstützen, wo immer es geht. Denn ein flächendeckender Brandschutz ohne freiwilliges Engagement ist nicht möglich und auch nicht finanzierbar. Aus meiner Sicht ist die gegenseitige Hilfe der Kitt der Gesellschaft. Ich hoffe, dass Corona den Menschen vor Augen geführt hat, wie wichtig es ist, füreinander da zu sein. Ich hoffe, dass es hier einen Bewusstseinswandel gibt, der sich dann auch auf die Mitgliedszahlen der Freiwilligen Feuerwehren durchschlägt.

Behörden Spiegel: Wie kann denn das Land helfen?

Koch: Das Land selbst hat vor allem vier Instrumente. Wir können den Freiwilligen Feuerwehren durch die Infrastrukturricht-

linie zum Neu- und Umbau von Feuerwehrgerätehäusern helfen. Gleiches gilt für die Förderrichtlinie für Feuerwehrfahrzeuge und feuerwehrtechnische Ausstattung. Weitere Instrumente des Landes sind die Nachwuchsförderrichtlinie, die am wichtigsten ist, sowie die Regelungen zu Prämien und Aufwandsentschädigungen für Freiwillige Feuerwehrleute.

Behörden Spiegel: Was will Brandenburg in Zukunft im Kampf gegen Waldbrände tun?

Koch: In Zukunft wird wohl kein Weg mehr an (teil-)autonomen Mitteln zur Waldbrandbekämpfung vorbeiführen. Das gilt insbesondere mit Blick auf kampfmittelbelastete Flächen. Hilfreich sind in diesem Zusammenhang die Tanklöschfahrzeuge TLF 500 vom Typ "Brandenburg", die wir zusammen mit Mecklenburg-Vorpommern beschafft haben. Denn diese Fahrzeuge sind speziell auf die Bekämpfung von Vegetationsbränden ausgerichtet.

Behörden Spiegel: Wie bewerten Sie grundsätzlich die Zusammenarbeit mit Berlin?

Koch: Es gibt eine sehr gute und kollegiale Kooperation mit der Berliner Feuerwehr. Wir haben regelmäßige Treffen mit dem Führungsstab der Berliner Feuerwehr.



Michael Koch ist seit April dieses Jahres Brandenburger Landesbranddirektor. Der 55-Jährige tritt die Nachfolge Heinz Rudolphs an, der weiterhin Leiter der Landesfeuerweherschule in Eisenhüttenstadt bleibt.

Foto: BS/Innenministerium Brandenburg

Am 24. August findet der Brand- und Katastrophenschutztag in Potsdam statt. Unter dem Thema "Brand- und Katastrophenschutz post Corona Herausforderungen - Ziele - Technologien" referiert Landesbranddirektor Koch über Waldbrände in Brandenburg. Weitere Informationen zur Veranstaltung finden sich [hier](#).



Die ungekürzte Fassung des Interviews lesen Sie in der Juli-Ausgabe des Behörden Spiegel auf Seite 41.



Zukunft – Stadt und Region

Die neue Veranstaltungsplattform des Behörden Spiegel

Diskussionsreihe Neue Mobilität

E-ÖPNV, Feuerwehr und öffentlicher Fuhrpark

18.8., 25.8. und 1.9.2021

 Mehr unter: www.neuestadt.org



Grafiken © VectorMine, stock.adobe.com

Nachwuchskampagne in Baden-Württemberg gestartet

(BS) Das Innenministerium Baden-Württemberg startete eine Nachwuchskampagne für den Bevölkerungsschutz. Im Zentrum der Werbekampagne sollen mit einem multifunktionalem Werbemobil vor allem junge Menschen an den Bevölkerungsschutz herangeführt werden.

In dem Mobil können u. a. virtuelle Brände mittels VR-Brillen und 3D-Effekten gelöscht oder Reaktions- und Geschicklichkeitstests durchgeführt werden. Außerdem gibt es eine Foto-Box und einen Helf-O-Mat, mit dem man sich innerhalb weniger Klicks über die eigenen Stärken und Einsatzmöglichkeiten im Bevölkerungsschutz informieren kann. Das Konzept der Kampagne hat das Innenministerium in Zusammenarbeit mit den Bevölkerungsschutzorganisationen entwickelt. Der Großteil der Kosten wurde vom Land getragen. Zudem veröffentlicht das Innenministerium in Stuttgart einen

Image-Film für den Bevölkerungsschutz. Der Film entstand in Zusammenarbeit mit der Filmakademie Baden-Württemberg. Für den Dreh wurden ehrenamtliche Kräfte als Darstellerinnen und Darsteller engagiert. Der Image-Film ist auch im Werbemobil und auf der Kampagnen-Webseite www.helfenbw.de zu sehen. Das Werbemobil wird auf Tour durch das Bundesland gehen und kann von Einrichtungen und Organisationen des Bevölkerungsschutzes für Veranstaltungen ausgeliehen werden.

"Die Nachwuchswerbekampagne richtet sich in erster Linie an ein junges Publikum und könnte in der Sache aktueller denn je nicht sein. Bei der Gestaltung der Kampagne haben wir besonders darauf geachtet, dass die Interessen junger Menschen mit all den neuen technischen Möglichkeiten und den damit verbundenen Umwälzungen auch im Freizeitverhalten neue Wendungen genom-



Das Werbemobil ist das Kernelement der Nachwuchskampagne für den Bevölkerungsschutz in Baden-Württemberg.

Foto: BS/H.P. SAFRANEK

men haben und aktive Themen möglichst auf medialem Wege zu den Jugendlichen kommen können", erklärte Innenstaatssekretär Wilfried Klenk (CDU) zu der Kampagne.

Die Cyber Akademie

Unabhängiges Ausbildungs- und Kompetenzzentrum für Informationssicherheit



Die Cyber Akademie (CAK) ist ein unabhängiges Aus- und Fortbildungszentrum, welches hochqualitative Aus-, Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen zum Thema Informationssicherheit und Datenschutz anbietet. Darüber hinaus bietet die Cyber Akademie Dienstleistungen zur Mitarbeitersensibilisierung, Durchführung von IT-Notfallübungen und Sicherheitschecks an. Weiterhin versteht sich die Cyber Akademie als Kommunikationsplattform und Kompetenzzentrum, welches Experten und Verantwortliche aus Wirtschaft, Verwaltung, Behörden und Wissenschaft zusammenbringt, um Trends und Entwicklungen zu erörtern und an der Entwicklung von IT-Sicherheitsstrategien beratend mitzuwirken.

Wir suchen ab sofort eine*n Leiter*in (m/w/d), Dienort ist Berlin

IHRE AUFGABEN

- Sie leiten das operative Geschäft
- Sie engagieren sich für die Unternehmens- und Geschäftsfeldentwicklung
- Sie steuern die Gremien-Aktivitäten der Cyber Akademie
- Sie betreuen den Auf- und Ausbau des Angebotsportfolios
- Sie betreuen das Referenten- und Expertennetzwerk und bauen es aus
- Sie konzipieren und entwickeln die Vermarktung der Leistungen der Cyber Akademie
- Sie vertreten das Unternehmen nach außen (auf Messen, Konferenzen, Terminen)

IHR PROFIL

- Sie haben ein abgeschlossenes Studium der Wirtschafts- oder Geisteswissenschaften oder vergleichbarer Fachrichtungen (idealerweise Master oder Diplom)
- Sie verfügen über gute Kenntnisse der aktuellen Entwicklungen im Bereich IT-Sicherheit, Netzpolitik und Datenschutz
- Sie bringen idealerweise Erfahrungen im Aus- und Fortbildungsmanagement mit
- Sie haben Spaß, Ihr Wissen und Know-how zu vermitteln
- Sie sind aufgeschlossen und kontaktfreudig
- Sie besitzen ein souveränes, freundliches Auftreten und haben Durchsetzungsvermögen

WIR BIETEN

- Arbeit in einem dynamischen Wachstumsmarkt
- Berufliche und persönliche Gestaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten
- Nutzung eines umfangreichen Aus- und Weiterbildungsportfolios
- Mobiles Arbeiten

Wenn wir Ihr Interesse geweckt haben, bewerben Sie sich bitte ausschließlich per E-Mail (PDF) an bewerbung@cyber-akademie.de unter Angabe Ihrer Gehaltsvorstellung und des frühestmöglichen Eintrittstermins mit Ihren kompletten Bewerbungsunterlagen.

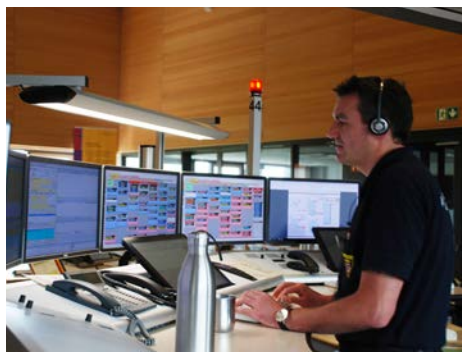
www.cyber-akademie.de

KI-Einsatz im Krisenmanagement

(BS) Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) plant, Künstliche Intelligenz (KI) künftig stärker im Krisenmanagement, zum Beispiel bei Naturkatastrophen wie der jetzigen Flutkatastrophe, einzusetzen. Dafür fördere es im Rahmen des Innovationswettbewerbs Künstliche Intelligenz vier neue Forschungsvorhaben zur Prävention und Bewältigung von Krisen, erklärt das Ministerium in einer Mitteilung. In den Vorhaben sollen demnach neue KI-Anwendungen im Zusammenhang mit Pandemien und anderen Krisensituationen entwickelt und erprobt werden. Der Förderumfang betrage rund 44 Millionen Euro.

KI bietet großes Potenzial

In Krisensituationen brauche man möglichst schnell verlässliche Informationen für Präventions- und Rettungsmaßnahmen, sagt Bundeswirtschaftsminister Peter Alt-



KI könnte in Krisensituationen beispielsweise die Arbeit in Leitstellen unterstützen.

Foto: BS/Klawon

maier. "Eine Fülle an Daten steht dafür zur Verfügung – von Geo-, Wetter- und Verkehrsdaten, operativen Daten des aktuellen Einsatzgeschehens bis hin zu aggregierten Daten aus Sozialen Medien." Die Herausforderung sei, die uneinheitlichen Datenquellen intelligent miteinander zu verknüpfen, für die Krisenkommunikation aufzubereiten und den betroffenen Stellen schnell zugänglich zu machen. An dieser Stelle biete sich mit KI ein großes Potenzial. Wie das BMWi weiter schreibt, sei es das übergeordnete Ziel der neuen Vorhaben, betroffenen Akteuren mit Hilfe Künstlicher Intelligenz neue, innovative Entscheidungshilfen und passgenaue elektronische Dienste an die Hand zu geben, beispielsweise für die Koordination von Hilfeinsätzen. Es gehe u.a. auch um die Unterbindung von Fake News.

Zu den geförderten Projekten zählt beispielsweise das Projekt "SPELL" unter Leitung des Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz (DFKI) in Kaiserslautern. Im Rahmen dieses Projekts wird eine KI-basierte Plattform zur intelligenten Entscheidungs- und Einsatzunterstützung in Leitstellen und beim Lagemanagement entwickelt, die in Krisensituationen zur Gefahrenabwehr und Nothilfe zum Einsatz kommen soll. Eine weitere KI-Plattform, welche beim Projekt "CoyPu" des Instituts für Angewandte Informatik aufgebaut wird, soll künftig hochqualitative und tagesaktuelle Prognosen im Zusammenhang mit Krisen treffen können.

BB: Wehren gefördert

(BS) Die brandenburgische Landesregierung investiert 10,2 Millionen Euro in die Feuerwehren des Landes. Von dem Geld profitieren 26 Wehren. Es wurden bis März insgesamt 37 Förderanträge im Rahmen der Feuerwehrinfrastruktur-Richtlinie für das laufende Haushaltsjahr eingereicht.

Die Zuwendungsbescheide der genehmigten Anträge werden in den kommenden Wochen überreicht. Die Berufsfeuerwehr der brandenburgischen Landeshauptstadt, die Freiwillige Feuerwehr im Potsdamer Ortsteil Sacrow und die Freiwillige Feuerwehr in Ketzin/Havel erhielten als erste Wehren ihre Bescheide. So erhält die Berufsfeuerwehr Potsdam für 86.000 Euro eine Atemschutzwerkstatt und eine Atemschutzanlage. Für den Neubau der Fahrzeughalle und die Schaffung von Umkleide- und Sanitärräumen stehen der Freiwilligen Feuerwehr in Ketzin/Havel über 800.000 Euro zur Verfügung. Die übrigen Anträge haben zum Großteil den Neubau der jeweiligen Feuerwehrgerätehäuser als Zuwendungszweck. "Mit diesem Förderprogramm wird die technische Ausstattung der Feuerwehren im Land weiter verbessert. Jeder Cent ist eine Investition in die Sicherheit der Brandenburgerinnen und Brandenburger. Ein modernes Feuerwehrhaus, eine gut ausgestattete Fahrzeughalle und die richtige Ausrüstung sind ein Muss in der Brand- und Katastrophenbekämpfung", sagte Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU).

DAS E-JOURNAL.

Dein Newsfeed. Dein Ratgeber.
Deine Plattform für den
Öffentlichen Dienst von morgen.

www.f4p.online



BBK und AÖGW intensivieren Zusammenarbeit

(BS) Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) und die Akademie für Öffentliches Gesundheitswesen (AÖGW) wollen in Zukunft ihre Zusammenarbeit intensivieren. Dazu unterzeichneten beide Seiten eine Kooperationsvereinbarung. Es soll die bestehende Zusammenarbeit vertieft und das stellenübergreifende Krisenmanagement durch Vernetzung verbessert werden.

Konkret sollen die Ausbildungen "Krisenmanagement im Gesundheitswesen – Schnittstellen und Akteure" und "Einsatzplanung für Biologische Lagen" gemeinsam angepasst und später zusammen durchgeführt werden. Ebenso sollen in den nächsten Jahren neue gemeinsame Ausbildungslehrgänge realisiert und angeboten werden. Durch eine gemeinsame Ausbildung der Akteure im gesundheitlichen Bevölkerungsschutz

erhoffen sich beide Seiten, dass ein Bewusstsein für einheitliche Standards und Leitlinien geschaffen wird. Außerdem soll durch die Zusammenarbeit eine Plattform entstehen, die den fachlichen Austausch begleiten soll.

"Diese Kooperationsvereinbarung ist wichtig für eine bessere Zusammenarbeit zwischen Gesundheitsämtern, Krisenstäben und Katastrophenschutz. Dies trägt auch dazu bei, dass Krisenkommunikation künftig klarer und verständlicher in der Bevölkerung ankommt", erklärte Dr. Ute Teichert, Direktorin der AÖGW.

"Das Ziel muss eine verbindliche Risiko- und Krisenmanagementausbildung mit einheitlichen Standards sein. Im Sinne eines übergreifenden und vernetzten Bildungssystems spielt die Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen dabei eine sehr wichti-



Der Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), Armin Schuster, und die Direktorin der Akademie für Öffentliches Gesundheitswesen (AÖGW), Dr. Ute Teichert, unterzeichneten eine Kooperationsvereinbarung.

Foto: BS/BBK

ge Rolle. Hier können wir gemeinsam sehr viel dazu beitragen, dass künftige Krisen erfolgreich bewältigt werden", unterstrich BBK-Präsident Armin Schuster.

Einigung bei der Notarztvergütung in Bayern

(BS) Die Sozialversicherungsträger und die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB) haben sich auf eine neue Notarztvergütung geeinigt. Die Vergütung wurde angehoben und es werden nun Zuschläge für Nachtdienste oder Dienste am Wochenende bzw. an Feiertagen gewährt.

Die neue Entgeltvereinbarung gilt vom Juli 2021 bis Ende 2023. Die erhöhte Grundpauschale von 25 Euro pro Stunde ist rückwirkend zum 1. Juli vorgesehen. Das jährliche

Volumen für die notärztliche Vergütung wird um 20 Prozent auf 82 Millionen Euro pro Jahr angehoben.

"Mit der neuen Entgeltvereinbarung sichern KVB und Kostenträger das hohe Niveau der notärztlichen Versorgung in Bayern auch künftig finanziell. Die deutliche Anhebung der Honorare ist angemessen und würdigt die Leistung der Notärzte", sagte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU).



Das Entgelt für Notärzte in Bayern wurde erhöht.

Foto: BS/planet_fox, pixabay.com

DIGITALER STAAT
ONLINE PARTNER
WEBINAR.

Spracherkennung als Treiber der Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung

Donnerstag, 12. August 2021, 10:30 – 12:00 Uhr



Amedeo Di Palma
Sales Executive,
Dragon Speech Recognition
Solutions,
Nuance



Davor Kantuser
Senior Presales Solutions
Consultant,
Nuance





Foto: Michael Stiffler, stock.adobe.com

PRAXISSEMINAR

Feuerwehrbedarfsplanung

Fachliche Hintergründe und hilfreiche Werkzeuge für die bedarfsgerechte Feuerwehrstruktur

13. September 2021, 09:30-17:30 Uhr, München

Dieses Seminar vermittelt grundlegende Kenntnisse in der Bedarfsplanung von Feuerwehren und stellt anhand vielfältiger Praxisbeispiele die Anforderungen an eine angemessene und zielorientierte Bedarfsplanung dar. Die wesentlichen rechtlichen Grundlagen für die Bedarfsplanung von Feuerwehren werden ebenso vorgestellt und bewertet wie spezifische Rahmenbedingungen einzelner Bundesländer.

Ihre Referenten:

Simon Zens ist seit mehr als 10 Jahren in der Beratung von Feuerwehren und weiteren Behörden der Gefahrenabwehr tätig. Neben einem Studium der Sicherheitstechnik und einem Master-Abschluss im Studiengang Brandschutz verfügt Herr Zens auch über praktische Feuerwehrerfahrungen, unter anderem als Zugführer in einer Freiwilligen Feuerwehr.

Thomas Zawadke, Dipl.-Ing. (FH) Fahrzeugtechnik, ist selbständiger Beratungs- und Entwicklungsingenieur. Seit 1973 aktives Feuerwehrmitglied. Lehrauftrag „Feuerwehrfahrzeugtechnik“ an der Hochschule Ulm. Mitarbeit im DIN in den drei Arbeitsgremien für Löschfahrzeuge, Sonderfahrzeuge und Ausrüstung.

Weitere Informationen und Anmeldung unter: www.fuehrungskraefte-forum.de; Suchwort „Feuerwehrbedarfsplanung“

Impressum

Herausgeber und Chefredakteur von Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.: Uwe Proll.

Redaktionelle Leitung: Marco Feldmann, Bennet Klawon. Redaktion: Dorothee Frank, Jörn Fieseler, Guido Gehrt, Dr. Barbara Held, Malin Jacobson, Bennet Klawon, Lora Köstler-Messaoudi, Gerd Lehmann, Matthias Lorenz, Dr. Gerd Portugall, Dr. Eva-Charlotte Proll, Paul Schubert, Benjamin Stiebel. Online-Redaktion: Ann Kathrin Herweg, Tanja Klement, Tim Rotthaus. Redaktionsassistentz: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin).

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970, Telefax: 0049-228-97097-75,

E-Mail: redaktion@behoerdenspiegel.de; www.behoerdenspiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführerin: Helga Woll.

Programmbeirat: Gerd Friedsam, Christoph Flury, Ulrich Grüneisen, Siegfried Jachs, Peter-Michael Kessow, Dr. Johannes Richert, Rainer Schwierczinski, Jochen Stein, Robert Stocker, Christoph Unger. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe". Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.